



Treffen der Vorsitzenden der COSAC am 14. September 2020

Hintergrundpapier zu den Schwerpunkten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft¹

Deutschland hat am 1. Juli 2020 die Präsidentschaft im Rat der EU übernommen. Die deutsche Ratspräsidentschaft, die den Auftakt zur Trio-Präsidentschaft mit Portugal und Slowenien bildet, steht im Zeichen der COVID-19-Pandemie unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“.

Die dauerhafte Überwindung der COVID-19-Pandemie sowie die wirtschaftliche Erholung und die Beseitigung der durch die Pandemie entstandenen sozialen Verwerfungen bilden übergreifende Schwerpunkte des Arbeitsprogrammes der Bundesregierung. Die deutsche Ratspräsidentschaft möchte einen Anstoß dazu geben, Gegebenes zu hinterfragen und sich noch besser für die Zukunft zu rüsten. Dabei stehen die umfassenden Transformationsprozesse unserer Zeit wie der Klimawandel, die Digitalisierung oder der Wandel der Arbeitswelt im Fokus. Angesichts zunehmender Polarisierung setzt sich Deutschland für die Wahrung der gemeinsamen europäischen Grundwerte, allen voran Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie für eine Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit der EU ein.

I. Europas Antwort auf die COVID-19-Pandemie

Nur gemeinsam, koordiniert und solidarisch wird es gelingen, die Pandemie und deren wirtschaftliche und soziale Folgen zu bewältigen. Deshalb verfolgt die deutsche Präsidentschaft eine nachhaltige und inklusive Wachstumsstrategie, in deren Zentrum die wirtschaftliche Erholung, der Erhalt von Arbeitsplätzen und der soziale Zusammenhalt Europas stehen. Grundlage der Förderung der Wirtschaft soll der Europäische Grüne Deal sein. Auch die digitale Transformation soll eine zentrale Rolle spielen. Zum Schutz der Unionsbürgerinnen und -bürger unterstützt der Vorsitz eine solidarische und nachhaltige Sozial- und Beschäftigungspolitik.

Es gilt, aus den Erfahrungen mit der COVID-19-Pandemie zu lernen und gemeinsam die Weichen dafür zu stellen, dass die EU zukünftig noch besser auf Herausforderungen reagieren kann. Dazu können strategische europäische Wertschöpfungsketten, das EU-Krisenmanagement, die Sicherstellung der Arzneimittelversorgung, die Resilienz des Binnenmarktes und die Zusammenarbeit im Schengenraum einen Beitrag leisten.

In enger Koordination mit den Vereinten Nationen setzt sich der Vorsitz für eine aktive Rolle der EU bei der Bewältigung der entwicklungs- und ernährungspolitischen Herausforderungen ein.

¹ Die vorliegende Darstellung beruht auf dem vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Programm der deutschen Ratspräsidentschaft.

II. Ein stärkeres und innovativeres Europa

Die Pandemie lehrt die Notwendigkeit europäischer, digitaler Souveränität. Deutschland will daran arbeiten, dass Europa bei digitalen Schlüsseltechnologien über Kompetenzen auf internationalem Spitzenniveau verfügt.

Der Vorsitz strebt die Weiterentwicklung des Binnenmarktes in zentralen Zukunftsbereichen und einen effizienten, innovationsfreundlichen und zukunfts sicheren Regulierungsrahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU an. Eine wettbewerbsfähige europäische Industrie und ein vitaler Mittelstand sind unentbehrlich für den digitalen und ökologischen Wandel. Dazu gehören auch eine Modernisierung des Beihilfenrechts sowie eine zukunftsgerichtete EU-Strukturpolitik, die Wettbewerbsfähigkeit und Krisenresilienz der europäischen Regionen stärkt.

Weitere Schwerpunkte sind die Modernisierung der Steuerpolitik angesichts fortschreitender Digitalisierung, die Fortentwicklung der Kapitalmarkt- und Bankenunion sowie der Abbau von Hemmnissen für grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen.

III. Ein gerechtes Europa

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale Sicherheit und Solidarität sind zentrale Grundpfeiler eines gerechten Europas. Die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte trägt dazu bei, Ungleichheiten innerhalb der EU zu reduzieren. Zur Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen haben die Umsetzung des Gebots „Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit“ sowie die Bekämpfung von geschlechterspezifischer Gewalt Priorität. Angebote in der Jugendarbeit sollen gestärkt und die Jugendarbeitslosigkeit eingedämmt werden. Europäische Politik in einem demokratischen Europa braucht zudem eine europäische Öffentlichkeit und die Partizipation einer aktiven Zivilgesellschaft, die auch von kultureller und medialer Vielfalt lebt.

IV. Ein nachhaltiges Europa

Die Präsidentschaft möchte den für eine ambitionierte Klima- und Umweltschutzpolitik erforderlichen wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Transformationsprozess aktiv mitgestalten. Dazu verfolgt sie die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und will zudem die kulturelle Dimension nachhaltiger Entwicklung sichtbar machen.

Als Ratsvorsitz will Deutschland einen Beitrag zu einer modernen, nachhaltigen Land- und Fischereiwirtschaft leisten und die Zukunft ländlicher Räume sichern. Der Verbraucherschutz soll an die aktuellen digitalen und ökologischen Herausforderungen angepasst werden.

V. Ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte

Die deutsche Ratspräsidentschaft setzt sich für eine Stärkung der Grundwerte und einen kooperativen und konstruktiven Umgang mit dem Thema Rechtsstaatlichkeit ein. Wo immer es in Mitgliedstaaten rechtsstaatliche Defizite gibt, tritt sie für eine entschiedene Nutzung der in den europäischen Verträgen vorgesehenen Mechanismen ein.

Der Vorsitz will die Demokratisierung des Internets, eine vielfältige Medienlandschaft und die Resilienz von Gesellschaften im Umgang mit falschen und irreführenden Informationen im Netz fördern. Besonderes Augenmerk gilt der Bekämpfung von Hasskriminalität, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der nationalen Polizeibehörden und die justizielle Zusammenarbeit zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität sollen gestärkt sowie die EU-Instrumente der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen ausgebaut werden.

Die Ratspräsidentschaft will die Europäische Migrations- und Asylpolitik auf der Basis der europäischen Werte sowie rechtsstaatlicher und humanitärer Standards erneuern. In der Zusammenarbeit mit Herkunfts-, Aufnahme- und Transitstaaten verfolgt sie einen umfassenden Ansatz zur Stabilisierung dieser Regionen sowie zur Minderung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration.

VI. Eine handlungsfähige Europäische Union für eine partnerschaftliche und regelbasierte internationale Ordnung

Zu den geostrategischen Prioritäten des Vorsitzes gehören die Gestaltung einer umfassenden Zusammenarbeit der EU mit den USA, der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich, eine gemeinsame und ausgewogene China-Politik sowie die Vertiefung der politischen Partnerschaft mit Afrika.

Die deutsche Präsidentschaft betont die Notwendigkeit einer Intensivierung des europäischen Engagements zur Bewältigung der großen internationalen Konflikte, beispielsweise in Libyen und Syrien.

Zentral bleibt eine glaubwürdige EU-Beitrittsperspektive für die Westbalkan-Staaten, eine aktive Gestaltung der EU-Russland-Beziehungen und die effektive Umsetzung der Ergebnisse des Gipfels zur Östlichen Partnerschaft sowie die Aufwertung der EU-ASEAN-Beziehungen zu einer Strategischen Partnerschaft.

Deutschland wird für die Bereitschaft zu Kooperation, Kompromiss und Interessenausgleich werben, um die Effektivität und Effizienz der GASP zu stärken. Die deutsche Präsidentschaft sieht die europäische Führungsrolle als unverzichtbar an für die Stärkung eines offenen und regelbasierten internationalen Handelssystems und fordert ein noch stärkeres gemeinsames Vorgehen in der Entwicklungspolitik.

Link:

Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft:

<https://www.eu2020.de/blob/2362060/d0e7b758973f0b1f56e74730bfdaf99d/07-02-pdf-programm-de-data.pdf>